

6389/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Rauch - Kallat und Kollegen haben am 28. September 1999 unter der Nr. 6724/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend SPÖ - Parteifinanzierung aus Steuermitteln gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Einleitend ist festzuhalten, daß es sich bei der Publikation „Strategie für Österreich“, wie ich bereits in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage 6650/J ausgeführt habe, um ein in Zusammenarbeit mit Experten ausgearbeitetes Programm, das als Diskussionsgrundlage für Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des „Wirtschaftsstandorts Österreich“ gedacht ist, handelt. Dieses Diskussionsangebot wurde inzwischen - über alle Parteiengrenzen hinweg - in großem Umfang angenommen. Es handelt sich also bei dieser Broschüre nicht um ein Wahlprogramm für eine Partei, sondern um ein Grundsatzpapier mit dem Anspruch, die wirtschaftliche Position Österreichs zu stärken.

Zu Frage 1:

Die Kosten für die Anzeigen in der „Kronen Zeitung“ zum Thema „Strategie für Österreich“ beliefen sich auf S 2,199.120,-- für die Anzeige in „NEWS“ auf S 341.486,14 und wurden vom Bundeskanzleramt getragen.

Zu Frage 2:

Die rechtliche Grundlage für die getätigten Veranlassungen ergibt sich aus dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76/1986, Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt A. Bundeskanzleramt.

/

Zur Informationsstelle des Bundeskanzleramtes ist anzumerken, daß diese bereits 1992 im Rahmen der EU - Informationsinitiativen der Bundesregierung als „Europatelefon“ eingerichtet wurde. In der Folge gelangten über diese Informationsstelle auch die zahlreichen Publikationen des Bundeskanzleramtes/Bundespressedienstes zur Verteilung. Auch im Rahmen der EU - Ratspräsidenschaft im Jahr 1998 war die Informationsstelle eine wichtige Serviceeinrichtung, um die österreichische Bevölkerung über die Bedeutung der EU - Ratspräsidenschaft zu informieren.

Im Laufe des Jahres 1999 wurde diese Informationsstelle zu einem Service - telefon ausgebaut mit dem Ziel, den Bund bei der Auskunftserteilung bei Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern und bei Informations - und Beratungstätigkeiten zu unterstützen. Das Servicetelefon ist also eine Anlaufstelle zur Hilfestellung und Orientierungshilfe für BürgerInnen.

Aus den genannten Gründen ist es daher nur naheliegend, daß die Publikation zum Thema „Strategie für Österreich“, so wie viele andere Publikationen des Bundeskanzleramtes/Bundespresso Dienstes über dieses Servicetelefon als Teil des gesamten Projektes zur Verteilung gelangt, da sie ja als Grundlage für eine breitgefächerte Diskussion konzipiert wurde. Die Broschüre ist sowohl für die Information, auf welche Art der Standort Österreich wettbewerbsfähig bleiben kann, als auch im Interesse von Wachstum und Beschäftigung von essentieller Bedeutung

Derzeit konzentriert sich das Service - Telefon auf das Thema „Jahr 2000 - Computerumstellung“.

Zu Frage 4:

Die Kosten (Personal - und Sachaufwand) für diese Servicestelle sind beim Voranschlagsansatz 1/10008 „Bundeskanzleramt, Zentralleitung, Aufwendungen veranschlagt.

Zu den Fragen 5 bis 8 und 10:

Bei der Tätigkeit der Servicestelle handelt es sich um Information der Öffentlichkeit über die Arbeit der Bundesregierung. Im übrigen verweise ich auf meine Ausführungen zu den Fragen 2 und 3.

Zu Frage 9:

Die Herstellungskosten beliefen sich auf rund 1,5 Millionen Schilling.